Telefon: 0 233-92438

Direktorium

Bewerbung um Olympische und Paralympische Spiele 2036, 2040 oder 2044
- **Einrichtung einer Stabsstelle**
- **Vorbereitungen zur Gründung einer Bewerbungsgesellschaft**
- **Finanzierung**

Sitzungsvorlage Nr. 26-32 / V 01816

Beschluss der Vollversammlung des Stadtrats am 21.10.2026

Öffentliche Sitzung

Kurzübersicht

zum beiliegenden Beschluss

Anlass	Auswahl Münchens als Bewerberstadt für Olympische und Paralympische Spiele 2036, 2040 bzw. 2044
Inhalt	Einrichtung einer Stabsstelle für die Bewerbung beim Oberbürgermeister; Vorbereitungen mit dem Ziel der Gründung einer Bewerbungsgesellschaft; Darstellung der hierfür notwendigen Ressourcen 2027 ff.
Gesamtkosten / Gesamterlöse	- Sachmittel i.H.v. 1,78 Mio. € in 2027 (1,3 Mio. € DIR, 0,48 Mio. € RBS), im Gegenzug dafür erfolgt eine Reduzierung in gleicher Höhe bei den geplanten Ansätzen für die Leichtathletik-WM in 2027 - Einrichtung von bis zu 7 befristeten VZÄ (5 VZÄ im DIR, 2 VZÄ im RBS) sowie Verlängerung einer Befristung im RBS (Gesamtkosten 58.500 € in 2026, jährlich 2027 – 2029 918.980 €)
Klimaprüfung	Eine Klimaschutzrelevanz ist gegeben: Nein
Entscheidungsvorschlag	- Zustimmung zur Einrichtung der notwendigen befristeten VZÄ für die Stabsstelle beim OB (3 VZÄ), die Betreuung der Bewerbungsgesellschaft im Direktorium (2 VZÄ) und der vom RBS im Rahmen der Bewerbung anfallenden Aufgaben (3 VZÄ) - Zustimmung zur Verwendung von insg. 1,78 Mio. €, die für die Leichtathletik-WM in 2027 eingeplant waren, für Bedarfe aus der Olympiabewerbung (Änderung der Zweckbindung)
Gesucht werden kann im RIS auch unter	Olympiabewerbung, Bewerbungsgesellschaft, Stabsstelle München 20XX
Ortsangabe	-/-

Telefon: 0 233-92438

Direktorium

Bewerbung um Olympische und Paralympische Spiele 2036, 2040 oder 2044
- **Einrichtung einer Stabsstelle**
- **Vorbereitungen zur Gründung einer Bewerbungsgesellschaft**
- **Finanzierung**

Sitzungsvorlage Nr. 26-32 / V 01816

1 Anlage

Beschluss der Vollversammlung des Stadtrats am 21.10.2026
Öffentliche Sitzung

I. Vortrag des Referenten

1. Ausgangslage

Bereits mit Beschluss vom 28.05.2025 und vom 20.05.2026 hatte sich der Stadtrat für eine Bewerbung Münchens um die Olympischen und Paralympischen Spiele 2036, 2040 bzw. 2044 ausgesprochen. Am 26.09.2026 beschloss die außerordentliche Mitgliederversammlung des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB), sich mit München als Austragungsort für die Sommerspiele 2036, 2040 bzw. 2044 zu bewerben. Weitere Wettkampforte sind u.a. Kiel (Segelsport), Stuttgart, Nürnberg und Augsburg (alle Fußball) sowie weitere Städte und Gemeinden im Münchner Umland.

Die Erstellung des Bewerbungskonzeptes sowie der Bewerbungsprozess auf nationaler Ebene wurden vom Referat für Bildung und Sport federführend durchgeführt und erfolgreich zum Abschluss gebracht. Mit Eintritt in die internationale Bewerbungsphase sollen nun die Strukturen für die stadtweite Koordinierung, die Einbindung aller weiterer Beteiligten und die Finanzierungsgrundlagen geschaffen werden.

Der Zeitplan für die Bewerbung stellt sich wie folgt dar: Im März 2027 will das IOC entscheiden, welche Bewerber in die nächste Phase des Bewerbungsprozesses einziehen, den sogenannten „Strategischen Dialog“. Vsstl. im Dezember 2028 soll der Bewerberkreis dann nochmals auf diejenigen Bewerber reduziert werden, die in die Endauswahl kommen. Vergeben werden Olympische und Paralympische Spiele 2036 dann bei einer IOC-Versammlung im Juli 2029.

2. Einrichtung einer Stabsstelle beim Oberbürgermeister

Aufgrund des steigenden Aufwands für Koordinierung und Steuerung im Rahmen der in-

ternationalen Bewerbungsphase ist es notwendig, bei der Stadtspitze eine Stabsstelle Olympia 20XX einzurichten.

2.1 Aufgaben

Die Stabsstelle übernimmt die Projektleitung für die städtischen Aufgaben im Rahmen der Bewerbung und koordiniert das Handeln der städtischen Dienststellen. Sie leitet die Arbeitsgruppen der Verwaltung (u.a. zu Verkehr, Olympisches Dorf, Sportstätten, Finanzen, rechtliche Modifikationsbedarfe auf Bundes- und Landesebene, Nachhaltigkeit/Legacy), arbeitet der Stadtspitze zu und bereitet Entscheidungen vor. Sie sorgt somit dafür, dass die städtischen Aufgaben im Rahmen der Bewerbung im Terminplan erarbeitet werden. Zudem erstellt sie Informationen für den Stadtrat und fungiert für diesen als Ansprechpartnerin. Weiterhin vertritt die Stabsstelle die städtischen Belange gegenüber externen Partner*innen und ist Ansprechpartnerin für die geplante Bewerbungsgesellschaft (s.u.).

2.2 Zuordnung, Umfang, Finanzierung

Die Stabsstelle wird direkt beim Oberbürgermeister angesiedelt, um der Bedeutung des Themas sowohl stadtintern als auch extern angemessen gerecht zu werden. Um die Aufgaben erledigen zu können, ist eine Ausstattung der Stabsstelle zunächst mit **drei Stellen** erforderlich (Leitung (A16/E15Ü), stellvertretende Leitung/Sachbearbeitung (A14/E14) und Sachbearbeitung/Assistenz (E11/A12)). Die Stabsstelle muss bereits im November 2026 eingerichtet werden und unmittelbar ihre Tätigkeit aufnehmen, um den äußerst zeitkritischen Bewerbungsprozess in den nächsten Wochen und Monaten mit hohem Nachdruck voran treiben zu können. Die Stellen sind aufgrund der im weiteren Bewerbungsverfahren zu erreichenden Meilensteine **befristet**, d.h. zunächst längstens bis zum Abschluss der Bewerbung (31.12.2029) einzurichten. Die hierfür erforderlichen Personalkosten sind bisher nicht im Budget des Direktoriums enthalten und aufgrund der bereits erfolgten und weiter erforderlichen Konsolidierungen nicht durch Umschichtungen innerhalb des Direktoriums zu kompensieren. Ob Umsetzungen aus anderen Referaten möglich sind, wird geprüft.

An Personalkosten fallen vsstl. 351.470 € jährlich an.

3. Vorbereitungen mit dem Ziel der Gründung einer Bewerbungsgesellschaft

Für den weiteren Bewerbungsprozess ist eine geeignete Organisationsform zu etablieren.

Daher wurden bereits Gespräche mit Bund, Land und DOSB mit dem Ziel der Gründung einer gemeinsamen Gesellschaft sowie deren Finanzierung aufgenommen.

Der Stadtrat soll im 1. Quartal 2027 mit der Gründung und den genannten Verträgen befasst werden.

3.1 Kosten und Finanzierung

Um bereits für diesen Fall vorbereitet zu sein, sind die vsstl. Kosten für das Stammkapital der Gesellschaft, den städtischen Anteil für die Finanzierung ab März 2027 sowie den städtischen Aufwand für die Betreuung der Gesellschaft in den Haushalt 2027 einzustellen.

Nach grober Schätzung, abhängig von der Beteiligungs-/Finanzierungsquote der LHM, der Höhe des Stammkapitals insgesamt sowie dem in 2027 anfallenden Aufwand der Bewerbungsgesellschaft abzüglich eventueller Sponsoringeinnahmen, wird **ein auf die LHM entfallender Anteil von rd. 1,3 Mio. €** angemeldet.

Ausgangsbasis ist eine sehr grobe Schätzung von anfallenden Bewerbungskosten bis 2029 i.H.v. rd. 15-20 Mio. € inkl. der Personalkosten der Bewerbungsgesellschaft, davon ca. 5-6 Mio. € im Jahr 2027 (März bis Dezember) und ebenfalls grob geschätzt ein städtischer Anteil von rd. 1,2 Mio €. Nicht berücksichtigt sind hierbei evtl. Sponsoringeinnahmen, deren Einwerbung voraussichtlich nicht bereits unmittelbar nach Gründung der Gesellschaft möglich sein wird. Genauere Zahlen können erst mit Vorliegen eines Wirtschaftsplans der Bewerbungsgesellschaft genannt werden.

Darüber hinaus ist ein Betrag von rd. 0,1 Mio. € für rechtliche Beratung zu olympiaspezifischen Fragestellungen anzusetzen, die die städtischen Interessen betreffen und nur für den Ausnahmefall gedacht sind, dass keine Expertise dafür innerhalb der Stadtverwaltung vorhanden ist.

Die **Finanzierung** dieser Kosten soll für das Jahr 2027 über eine „Umwidmung“ von Mitteln aus dem Referat für Bildung und Sport erfolgen: Das RBS hat im Eckdatenbeschluss 2027 einen Betrag von 1,78 Mio. € für die Leichtathletik-WM vorgesehen, weil die ursprüngliche Kalkulation und Anmeldung für den Eckdatenbeschluss auf das Ausrichtungsjahr 2029 abgestellt war. Nach dem Eckdatenbeschluss erfolgte die Vergabe der Leichtathletik-WM an München aber nicht für das Jahr 2029, sondern für 2031. Im Jahr 2027 ergibt sich daher ein reduzierter Bedarf, die Gesamtkosten der WM strecken sich nun bis zum Jahr 2033. Diese im HH 2027 bereits eingeplanten Mittel für sportfachliche Bedarfe sollen nun zum Teil für die Finanzierung der Bewerbungsgesellschaft und evtl. erforderliche rechtliche Beratung (i.H.v. insg. 1,3 Mio. €, s.o.) sowie noch anfallende Kosten für die Olympiabewerbung beim RBS bis zur Gründung der Bewerbungsgesellschaft (0,48 Mio. €, s. Punkt 5) verwendet werden.

Sollte sich nach Aufstellung des Wirtschaftsplans der noch zu gründenden Bewerbungsgesellschaft Änderungsbedarf ergeben, wird der Stadtrat rechtzeitig befasst.

3.2 Betreuung der Bewerbungsgesellschaft

Die Betreuung der Bewerbungsgesellschaft soll vom Direktorium vorgenommen werden. Damit ist insbesondere auch die enge Anknüpfung zur Stabsstelle des Oberbürgermeisters gewährleistet.

Für diese zusätzliche Aufgabe ist die Finanzierung von **bis zu 2 VZÄ** in der vierten Qualifikationsebene (E14/A14) mit umfänglicher Erfahrung im Beteiligungsmanagement – befristet bis Ende 2029 - erforderlich.

Die beiden VZÄ sollen nur im Falle einer Auswahl der Bewerbung Münchens durch das IOC **im März/April 2027** (d.h. unter Vorbehalt), **befristet bis Ende 2029**, eingerichtet werden. Aufgrund der bisherigen und geplanten weiteren Konsolidierungen können diese zusätzlichen Aufgaben nicht ohne entsprechende Erhöhung des Personalbudgets wahrgenommen werden.

An Personalkosten fallen vsstl. 247.380 € jährlich an.

4. Weitere geplante Gremien: Einbindung von Stadtrat, Verbänden und Zivilgesellschaft

Stadtinterne Gremien:

- **Stabsstelle des Oberbürgermeisters** (s.o.); koordiniert den städtischen Teil der Bewerbung; lädt zu den städtischen Arbeitskreisen und den städtischen Gremien (Olympia-Kabinett und Olympia-Kommission des Stadtrats, s.u.) ein; fungiert zudem als erste Ansprechpartnerin für die Bewerbungsgesellschaft

- **„Olympia-Kabinett“** bestehend aus der Stadtspitze und den Referent*innen der von der Bewerbung betroffenen Referate
- **Olympia-Kommission** des Stadtrats: Stadtratsgremium unter Vorsitz des Oberbürgermeisters; dient der Information des Stadtrats, soll die erforderliche Abstimmung zwischen Politik und Verwaltung beschleunigen

Gremien der Bewerbungsgesellschaft:

Die genaue Ausgestaltung der Bewerbungsgesellschaft wird zeitnah zwischen allen Beteiligten (DOSB, München, Bayern, Bund) konkretisiert.

Zusätzlich zu den eigentlichen Gesellschaftsgremien verfolgt die LHM das Ziel, dass ein Beteiligungsgremium zur Einbeziehung der Interessensverbände, der Wirtschaft und sonstigen Zivilgesellschaft eingerichtet wird. Das Gremium soll der Beratung der Bewerbungsgesellschaft dienen, den gegenseitigen Informationsaustausch fördern und für gesellschaftliche Akzeptanz werben. Dieses Beteiligungsgremium soll von der Bewerbungsgesellschaft betreut und eingeladen werden, sobald diese eingerichtet ist; bis dahin erfolgt die Einladung in Abstimmung mit der Staatskanzlei durch die städtische Stabsstelle.

5. Sonstige Bedarfe/Weiteres Vorgehen

5.1 Sachmittel- und Personalbedarf im RBS

Das **Referat für Bildung und Sport** ist auch nach Einrichtung der Stabsstelle innerhalb der LHM für die städtischen sportfachlichen Belange der Bewerbung zuständig und bis zur Gründung einer Bewerbungsgesellschaft außerdem noch maßgeblich in die Weiterentwicklung des Bewerbungskonzeptes eingebunden. Darüber hinaus verbleibt im Referat für Bildung und Sport die Zuständigkeit für Planung, Organisation, Durchführung und/oder Förderung von Sportgroßereignissen in der LHM, die hinsichtlich der Positionierung Münchens für die internationale Bewerbung nun stark zunehmen wird.

Aus diesem Grund sollen für das Jahr 2027 **Sachmittel i.H.v. 480 T€** bereitgestellt werden, u.a. für kurzfristig bis März 2027 erforderliche Präsentationen und Kommunikationsmaßnahmen. Mit den künftigen Mitgesellschaftern der Bewerbungsgesellschaft soll verhandelt werden, dass diese Kosten auf den von der LHM zu leistenden Finanzierungsanteil angerechnet werden. Die Finanzierung dieser Sachmittel soll aus der unter Punkt 3.2 beschriebenen „Umwidmung“ der für die Leichtathletik-WM für 2027 eingeplanten Mittel erfolgen.

Personalbedarf im RBS:

Im RBS ist für die o.g. Aufgaben im Zusammenhang mit der Bewerbung die derzeit bis Ende 2026 **befristete Stelle** für Olympia (Stellennummer B449711) **bis Ende 2029 zu verlängern**.

Darüber hinaus besteht nach aktuellem Stand der Bedarf zur Zuschaltung/Finanzierung von **2 VZÄ** (1 VZÄ in E13 für Sachbearbeitung und 1 VZÄ in E11 als Teamassistenz), die **ab März 2027** eingerichtet und ebenfalls **bis zum 31.12.2029 befristet** werden sollen, für die Prüfung und etwaige Bewerbung um weitere Sportgroßereignisse zur Positionierung des Austragungsortes München gegenüber dem IOC, s.o..

An Personalkosten fallen vsstl. 320.130 € jährlich an.

5.2 Bedarfe der anderen Referate

Derzeit ist noch nicht für jedes betroffene Referat absehbar, ob bzw. wie viele neue Stellen für die Bewerbung um die Olympischen und Paralympischen Spiele – also zwischen März 2027 und Ende 2029 - eingerichtet werden müssen bzw. welche zusätzlichen finanziellen Ressourcen erforderlich sind. Dies hängt von den Anforderungen ab, die sich erst abschätzen lassen, sobald feststeht, dass München im März/April 2027 vom IOC zur Fortführung der Bewerbung nominiert wird und die Bewerbungsgesellschaft ihre Arbeit aufgenommen hat. Der Stadtrat wird daher ggf. im Jahr 2027 mit eventuellen weiteren Bedarfen in den Referaten befasst.

6. Darstellung der Kosten und der Finanzierung

6.1 Zahlungswirksame Kosten im Bereich der laufenden Verwaltungstätigkeit

	dauerhaft	einmalig	Befristet
Summe zahlungswirksame Kosten		**in 2026** 58.500 €	**von 2027 bis 2029** 918.980 €
davon:			
1. Personalauszahlungen* **Direktorium**: Einrichtung Stabsstelle OB**: -Leitung in A16 -Stellvertretung/SB in E14/A14 -Assistenz/SB in E11/A12 Betreuung der Bewerbungsgesellschaft im Direktorium: 2 Sachbearbeitung Beteiligungssteuerung in E14/A14 **RBS**: - Olympia-Stelle im RBS (Verlängerung Befristung Stellen-Nr. B449711) in A14 - Koordination/Bewerbung Sportgroßereignisse in A13/E13 - Teamassistenz Sportgroßereignisse in A12/E11		 20.600 € 20.400 € 17.500 €	 123.690 € p.a. 122.610 € p.a. 105.170 € p.a. 247.380 € p.a. 98.610 € p.a. 116.350 € p.a. 105.170 € p.a.
2. Auszahlungen für Transferleistungen *** Finanzierung Bewerbungsgesellschaft (1,6 Mio €) und ggf. Beratungsleistungen (0,1 Mio.€) 3. Sachmittel RBS für die Bewerbung		1.300.000 € (2027) 480.000 € (2027)	
Nachrichtlich Vollzeitäquivalente			8,0

* Bei Besetzung von Stellen mit einem Beamten/einer Beamtin entsteht im Ergebnishaushalt zusätzlich zu den Personalauszahlungen noch ein Aufwand für Pensions- und Beihilferückstellungen in Höhe von etwa 40 Prozent des Jahresmittelbetrages (JMB).

**ggf. teilweise durch Umsetzungen

*** Zum heutigen Tage ist noch nicht bekannt, wie genau die städtischen Geldmittel in die Bewerbungsgesellschaft eingebracht werden bzw. dieser zufließen. Die benötigten Geldmittel werden daher zunächst konsumtiv bei den Transferauszahlungen eingeplant und ggf. im weiteren Verlauf in den investiven Haushalt (städtischer Kapitalanteil) umgeschichtet.

6.2 Finanzierung

Wie bereits oben ausgeführt, kann die Finanzierung des zusätzlich befristet benötigten Personals weder durch Einsparungen noch aus dem eigenen Referatsbudget des Direktoriums bzw. des Referats für Bildung und Sport erfolgen.

Eine Bereitstellung der zusätzlich benötigten Auszahlungsmittel für 2026 ist sofort erforderlich. Die für das laufende Haushaltsjahr benötigten Auszahlungsmittel werden als außerplanmäßige Mittelbereitstellung auf dem Büroweg durch die Stadtkämmerei bereitgestellt.

Aufgrund einer einzuplanenden mehrmonatigen haushaltslosen Zeit ab dem 01.01.2027 bis zur Genehmigung des städtischen Haushalts durch die Regierung von Oberbayern müssen für die Übergangsphase schon jetzt entsprechende Vorkehrungen getroffen und eine Überplanstelle in Besoldungsgruppe 16 hinterlegt werden.

Die für 2027 voraussichtlich benötigten Sachmittel werden finanziert durch Umschichtungen vorhandener Mittel des RBS.

7. Klimaprüfung

Für die Einrichtung einer Stabsstelle bzw. einer Bewerbungsgesellschaft ist keine Klimaschutzrelevanz gegeben.

Abstimmung mit anderen Referaten

Die Stadtkämmerei, das Personal- und Organisationsreferat und das Referat für Bildung und Sport haben der Beschlussvorlage zugestimmt. Die Stellungnahme der Kämmerei ist als Anlage 1 beigefügt. Die Stellungnahme des POR wird noch nachgereicht.

Anhörung des Bezirksausschusses

In dieser Beratungsangelegenheit ist die Anhörung des Bezirksausschusses nicht vorgesehen (vgl. Anlage 1 der BA-Satzung).

Eine rechtzeitige Vorlage des Beschlussentwurfes konnte aufgrund der erst am 26.09.2026 ergangenen Entscheidung für die Auswahl Münchens als Bewerberstadt und der nachfolgenden erforderlichen Abstimmungen nicht erfolgen.

II. Antrag des Referenten

1. Das Personal- und Organisationsreferat wird beauftragt, die Stellen für die zu gründende Stabsstelle „Olympiabewerbung“ beim OB für die Leitung, 1 VZÄ in A16/E15Ü, die Stellvertretungsstelle, 1 VZÄ in A14/E14 und die Sachbearbeiter-/Assistenzstelle, 1 VZÄ in A12/E11 einzurichten.

2. Das Direktorium wird beauftragt, für die unter Ziffer 1 genannten Stellen die Stellenbesetzung durch das Personal- und Organisationsreferat zu veranlassen.

   Das Direktorium wird beauftragt, die erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von einmalig 58.500 € für 2026 und bis zu 351.470 € für 2027 bis 2029 im Rahmen der jeweiligen Haushaltsplanaufstellungen anzumelden.

   Das Produktkostenbudget des Produktes P31111100 Gemeindeorgane erhöht sich einmalig in 2026 und in den Jahren 2027 bis 2029 zahlungswirksam um jeweils 351.470 € jährlich.

3. Das Direktorium wird beauftragt, vorbehaltlich der Auswahl Münchens, voraussichtlich im März bzw. April 2027, die Einrichtung von 2,0 VZÄ für die Beteiligungsbetreuung der Bewerbungsgesellschaft im Direktorium, Leitung, sowie die Stellenbesetzung durch das Personal- und Organisationsreferat zu veranlassen.

   Das Direktorium wird beauftragt, die erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von bis zu jährlich 247.380 € für 2027 bis 2029 im Rahmen der jeweiligen Haushaltsplanaufstellungen anzumelden.

   Das Produktkostenbudget des Produktes P31111000 Overhead Referats-/Geschäftsleitung erhöht sich in den Jahren 2027 bis 2029 zahlungswirksam um jeweils 247.380 € jährlich.

4. Das Referat für Bildung und Sport wird beauftragt, die Verlängerung der Befristung der Stelle Nr. B 449711 (Koordination der Olympiabewerbung) bis zum 31.12.2029 zu veranlassen.

   Das Referat für Bildung und Sport wird beauftragt, die erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von bis zu 98.610 € für 2027 bis 2029 im Rahmen der jeweiligen Haushaltsplanaufstellungen anzumelden.

   Das Produktkostenbudget des Produktes 39421100, Förderung von Sportveranstaltungen, Sportprogramme, Gesundheitsförderung erhöht sich in den Jahren 2027 bis 2029 zahlungswirksam um jeweils 98.610 € jährlich.

5. Das Referat für Bildung und Sport wird beauftragt, vorbehaltlich der Auswahl Münchens, voraussichtlich im März bzw. April 2027, die Einrichtung von 2,0 VZÄ für die Koordination und Bewerbung um Sportgroßereignisse und eine Teamassistenz Sportgroßereignisse, jeweils befristet bis 31.12.2029, sowie die Stellenbesetzung durch das Personal- und Organisationsreferat zu veranlassen.

   Das Referat für Bildung und Sport wird beauftragt, die erforderlichen Haushaltsmittel in

Höhe von bis zu 221.520 € für 2027 bis 2029 im Rahmen der jeweiligen Haushaltsplanaufstellungen anzumelden.

Das Produktkostenbudget des Produktes 39421100, Förderung von Sportveranstaltungen, Sportprogramme, Gesundheitsförderung erhöht sich in den Jahren 2027 bis 2029 zahlungswirksam um jeweils 221.520 € jährlich.

6. Der Stadtrat stimmt der Verwendung von 480.000 € aus dem geplanten Budget für die Leichtathletik-Weltmeisterschaft 2031 im Haushaltsjahr 2027 für die Maßnahmen des Referates für Bildung und Sport im Zusammenhang mit der Bewerbung um Olympische und Paralympische Spiele mit der Folge einer Änderung der Zweckbindung zu.

7. Der Stadtrat stimmt der Umschichtung und Verwendung von 1.300.000 € aus dem geplanten Budget für die Leichtathletik-Weltmeisterschaft 2031 im Haushaltsjahr 2027 für die Maßnahmen des Direktoriums im Zusammenhang mit der Bewerbung um Olympische und Paralympische Spiele mit der Folge einer Änderung der Zweckbindung zu.

III. Beschluss

nach Antrag.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der / Die Vorsitzende — Der Referent

Ober-/Bürgermeister/-in
ea. Stadtrat / ea. Stadträtin

Dominik Krause
Oberbürgermeister

IV. Abdruck von I. mit III.

über Stadtratsprotokolle (D-II/V-SP)

an das Direktorium – Dokumentationsstelle
an das Direktorium – GL
an das Revisionsamt
z. K.

V. Wv. Direktorium D-GL

1. Die Übereinstimmung des vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.

   An das Personal- und Organisationsreferat

   An das Referat für Bildung und Sport

   an die Stadtkämmerei

   z. K.

   Am